

## **Antrag**

**des Abg. Thomas Marwein u. a. GRÜNE**

**und**

## **Stellungnahme**

**des Staatsministeriums**

### **Wirkungspotenziale der Entwicklungspolitik des Landes in Baden-Württemberg und in Burundi**

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,

1. wie sie die Umsetzung der entwicklungspolitischen Leitlinien von Baden-Württemberg seit ihrer Verabschiedung im September 2012 bewertet;
2. welche Schwerpunkte der Entwicklungszusammenarbeit sie in dieser Wahlperiode setzt;
3. welche Potenziale das Netzwerk „Junges Engagement“ zur Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDGs, UN-Agenda 2030) innerhalb von Baden-Württemberg hat;
4. wie das europäische Projekt Mindchangers, das in Baden-Württemberg die Stiftung Entwicklungszusammenarbeit (SEZ) und das Staatsministerium umsetzen, zur Förderung jungen Engagements beiträgt, wie die Förderlinie finanziert ist und welche konkreten Projekte daraus seit 2021 umgesetzt werden;
5. wie weit die Umsetzung des Handlungskonzepts für die Kommunale Entwicklungspolitik (KEP), das das Land gemeinsam mit „engagement global“ und den kommunalen Spitzenverbänden entwickelt hat, als Roadmap für die Umsetzung der UN-Agenda 2030 fortgeschritten ist;
6. welche vorläufigen Ergebnisse das Interkulturelle Promotorinnen-/Promotorenprogramm (IKPP) zur Förderung von migrantischem Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit gebracht hat;

7. welche Wirkung die vom Land über die SEZ bereitgestellten Fördermöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Projekte im Inland, Ausland und Burundi durch „Bwirkt!“ auf das bürgerschaftliche Engagement in Baden-Württemberg gezeigt hat;
8. welche Projekte konkret über „Bwirkt!“ im Inland und in Ländern des globalen Südens seit 2018 gefördert wurden, und welchen Beitrag sie zur Umsetzung der SDGs leisten;
9. wie viele Anträge für die einzelnen Förderlinien in den Jahren 2018 bis 2021 gestellt und wie viele davon abgelehnt wurden;
10. welche Perspektiven sie für eine Neubelebung der Zusammenarbeit mit dem Partnerland Burundi nach den Präsidentschaftswahlen vom 20. Mai 2020 auf Regierungsebene sieht;
11. welche Schwerpunkte der Zusammenarbeit seit dem Regierungswechsel verfolgt werden;
12. welche Wirkung das von der SEZ koordinierte Agroforst-Cluster, mit dem Kaffeeplantagen von bisheriger Monokultur zu einem ökologisch nachhaltigen Anbau-System (das neben Kaffee auch Holz und Nahrungsmittel liefert) umgebaut werden und das 10.000 genossenschaftlich organisierten Kleinbauernfamilien ein Einkommen verschafft, bislang in Burundi gezeigt hat;
13. welche weiteren Cluster im Rahmen der Partnerschaft geplant sind, sofern die politische Entwicklung Burundis eine offizielle Zusammenarbeit jenseits der Graswurzelpartnerschaft möglich macht;
14. welche Initiativen zur Steigerung des Bekanntheitsgrads der Partnerschaft zwischen Baden-Württemberg und Burundi die Landesregierung auf Grundlage der bisherigen Aktivitäten anstrebt;
15. welche Möglichkeiten es gibt, Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit über die Klimaschutzstiftung bzw. aus der CO<sub>2</sub>-Kompensation der Ministerien zu finanzieren.

17.2.2022

Marwein, Frey, Manfred Kern, Joukov, Mettenleiter GRÜNE

### Begründung

Entwicklungspolitik ist eine Querschnittsaufgabe für die Landesregierung und wesentlicher Bestandteil der an Nachhaltigkeit ausgerichteten Landespolitik.

Grundlage der baden-württembergischen Entwicklungspolitik sind die Entwicklungspolitischen Leitlinien und die Verpflichtung, die SDGs der UN-Agenda 2030 und das Pariser Klimaabkommen global umzusetzen. Dabei kommt es darauf an, ein Bewusstsein für nachhaltige gesellschaftspolitische Transformationsprozesse in Baden-Württemberg und ebenso in den Partnerländern zu schaffen und Initiativen und Projekte zu unterstützen, die einen Beitrag für einen sozialverträglichen Umbau in eine klimaneutrale und global verantwortliche Wirtschaft voranbringen.

Dieser Antrag soll erfragen, welchen Beitrag die Schwerpunkte der Baden-Württembergischen Entwicklungspolitik – Stärkung des Jungen Engagements, Stärkung des kommunalen Engagements, Stärkung der Partnerschaft mit Burundi und Einsatz für die Ziele der UN-Agenda 2030 – zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele des Landes und der SDGs leisten.

## Stellungnahme

Mit Schreiben vom 5. April 2022 Nr. III-3502 nimmt das Staatsministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen, dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus und dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration zu dem Antrag wie folgt Stellung:

### *1. wie sie die Umsetzung der developmentpolitischen Leitlinien von Baden-Württemberg seit ihrer Verabschiedung im September 2012 bewertet;*

Die developmentpolitischen Leitlinien für Baden-Württemberg sind im Dialogformat eines breiten politischen Beteiligungsprozesses entstanden. Die Landesregierung hat sie im Februar 2013 per Kabinettsbeschluss übernommen. Der Landtag bekräftigte sie anschließend im September 2013 in einem fraktionsübergreifenden Antrag. Daraus ergaben sich drei wesentliche Aspekte der developmentpolitischen Arbeit in Baden-Württemberg:

Erstens eine moderne *Strategie*, die für Baden-Württemberg die Eckpunkte der Agenda 2030, welche die Vereinten Nationen erst 2015 verabschiedet haben, vorgegeben hat: Diese markiert ein klares Bekenntnis zur Subsidiarität zugunsten des effizienten, flexiblen und langfristigen Engagements der vielen kleinen und mittleren Akteure in Baden-Württemberg. Traditionell macht ihr Einsatz die developmentpolitische Stärke des Landes aus.

Dieser Vorrang für die developmentpolitische Basis und den Mittelstand hat – zweitens – ein starkes developmentpolitisches *Bündnis* aller geformt, welche die Leitlinien mitgestaltet haben: Kommunen und Kirchen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, Schulen und Hochschulen. Developmentpolitik ist seither eine akteurs- und ressortübergreifende Gemeinschaftsaufgabe. Ko-Ordination, Ko-Operationen und Ko-Finanzierungen prägen dieses Bündnis. Dadurch steigert sich nicht nur dessen Wirkung, sondern auch dessen finanziellen Spielräume.

Daraus ergab sich – drittens – eine neue developmentpolitische *Dynamik*, die Baden-Württemberg zum nationalen und internationalen Vorreiter gemacht hat.

Entscheidend für diesen Erfolg, der im Wesentlichen Bottom-Up von den weit über tausend kleinen und mittleren Akteuren im Land getragen wird, waren die neuen Rahmenbedingungen, welche die Landesregierung entlang der neuen Leitlinien für die kleinen und mittleren Akteure geschaffen hat – für die Städte und Kirchengemeinden, Hochschulen und Schulen, Initiativen, Vereine und Mittelständler:

- a) Durch die Verstärkung der politischen Beteiligung in der Initiative *Welt:Bürger gefragt!*, insbesondere durch den bundesweit einmaligen Rat für Entwicklungszusammenarbeit. Dort sind vertreten: die developmentpolitischen Organisationen der Bundesregierung, die kommunalen Landesverbände, die großen Religionsgemeinschaften, die Wissenschaft, die Zivilgesellschaft, insbesondere das migrantische und das junge Engagement sowie das developmentpolitische Landesnetzwerk DEAB e. V., die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit und die politischen Stiftungen. In diesem Forum entstehen Koordinationen, Kooperation und Kofinanzierungen, welche die Wirkung und – auch bedingt durch eingeworbene Drittmittel – die Finanzstärke der kleinen und mittleren Akteure aus Baden-Württemberg deutlich verstärken.
- b) Durch den Ausbau der *Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit* zum Service-Zentrum für alle Akteure im Land, etwa durch die Einrichtung des Partnerschafts-Zentrums Baden-Württemberg oder die Stärkung der FAIR HANDELN Messe.

- c) Durch das *Eine-Welt-Promotoren-Programm Baden-Württemberg*. Zusammen mit dem Bund finanziert das Land seit 2013 rund zwanzig Promotorinnen und Promotoren in der Zivilgesellschaft für die Zivilgesellschaft. Ihre Aufgaben: Beratung und Professionalisierung, Vernetzung und Koordinierung des Engagements für die Agenda 2030.
- d) Durch das *Förderprogramm „bwirkt!“* mit seinen Linien Bildung/Inland, Partnerschaft/Ausland und Burundi. Seit 2018 stehen kleineren und mittleren Akteuren damit jährlich rund 1 Mio. Euro für ihre Projekte zur Verfügung. In Abstimmung mit dem Bund wird hier eine Förderlücke geschlossen, die kleinere Projekte ermöglicht, insbesondere von Akteuren mit innovativen Ideen, die erst einmal klein anfangen wollen (weitere Ausführungen bei Fragen 7 bis 9).
- e) Durch die *Netzwerke*, in denen sich die entwicklungspolitischen Akteure immer schlagkräftiger selbst organisieren: das Schulnetzwerk Bildung für nachhaltige Entwicklung, das entwicklungspolitische Hochschulnetzwerk, die ökumenische Koordination Entwicklungspolitik, die Arbeitsgemeinschaft kommunale Entwicklungspolitik der Landesverbände (weitere Ausführungen bei Frage 5), das Netzwerk Junges Engagement beim Landesjugendring (weitere Ausführungen bei Fragen 3 und 4), das migrantische Netzwerk im Kontext des Forums der Kulturen (weitere Ausführungen bei Frage 6) und das entwicklungspolitische Landesnetzwerk DEAB e. V.

Diese fünf Rahmenbedingungen sind die entscheidenden Erfolgsfaktoren für die Stärke und Innovationskraft der baden-württembergischen Entwicklungspolitik. So gibt es beispielsweise nur in Baden-Württemberg ein kirchliches Bündnis für Klimagerechtigkeit, in dem sich alle vier Kirchen zur Umsetzung der Agenda 2030 zusammengeschlossen haben. Hier im Land wurde das Programm ASA-Hochschulen entwickelt, das mittlerweile bundesweit läuft und den ASA-Studierenden-Austausch nach 60 Jahren erstmals fest an den Hochschulen verankert. Im Land verbinden über 300 Kooperationen die Hochschulen mit afrikanischen Partnern. Auf der Bundesgartenschau Heilbronn wurde der „Welt-Garten“ erfunden: ein Format das globale Nachhaltigkeit erlebbar macht und mittlerweile bei vielen Gartenschauen zum Einsatz kommt, so auch wieder bei der Bundesgartenschau in Mannheim (weitere innovative Beispiele aus den Bereichen kommunales, junges und migrantisches Engagement folgen bei den Fragen 3 bis 6).

## *2. welche Schwerpunkte der Entwicklungszusammenarbeit sie in dieser Wahlperiode setzt;*

Die Schwerpunkte bauen auf dem Experten-Papier auf, das im Rahmen der Initiative „Welt:Bürger gefragt!“ im Dezember 2020 entstanden ist.

Im Zentrum stehen weiterhin die Gewährleistung und Optimierung der *Förderung für die kleinen und mittleren Akteure*.

Baden-Württemberg verfügt hier über einen klaren Standortvorteil: über das Akteursnetzwerk und das Forum Welt:Bürger gefragt! bestehen einmalige Bedingungen für eingespielte Koordination und Kooperationen. Deshalb fließen bereits heute überdurchschnittlich viele Drittmittel nach Baden-Württemberg. So wurden über Kofinanzierungen mit den im Landeshaushalt etatisierten rund 3 Mio. Euro insgesamt über 10 Mio. Euro durch Drittmittel gehebelt. Diese Drittmittel könnten tendenziell in den kommenden Jahren zunehmen, da immer mehr private Geber, auch große nationale und internationale, einsehen, dass globale Herausforderungen wie Klimawandel oder Migration ohne die lokale Ebene nicht zu meistern sind. Gute Beispiele dafür sind die zwei EU-Projekte im Land: „MINDCHANGERS“ und „Water-for-the-Future“ (weitere Ausführungen Fragen 3 und 4).

Die Förderung der kleineren und mittleren Akteure soll deshalb über eine *Drittmitteloffensive* ergänzt werden.

Drei weitere, neue Akzente sollen die Entwicklungspolitik prägen.

- a) *Junges Engagement*: Die jungen Menschen sind eine wichtige Triebfeder des Engagements. Ihr Engagement in der internationalen Klimaschutzbewegung oder bei den Friedensdemonstrationen zum Krieg in der Ukraine verdeutlichen diesen Eindruck. Ohne sie gibt es keinen Nachwuchs. Im Schulerschluss mit fünf europäischen Regionen will das Land dieses Engagement professionalisieren, vernetzen und finanzieren. Dafür stehen mehr als 8 Mio. Euro zur Verfügung (weitere Ausführungen bei den Fragen 3 und 4).
- b) *Kommunales Engagement*: Traditionell sind baden-württembergische Kommunen für ihre internationale Vernetzung und ihr entwicklungspolitisches Engagement bekannt. Im Juni 2021 wurde dazu von den Kommunen und ihren Landesverbänden, dem Land und der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit sowie der Bundesebene ein deutschlandweit einmaliges Handlungskonzept verabschiedet. Alle Akteure im Rat für Entwicklungszusammenarbeit haben diese Vereinbarung bekräftigt. Dieser ehrgeizige Fahrplan soll in den nächsten Jahren in Form eines Mehr-Ebenen-Ansatzes gemeinsam umgesetzt werden (weitere Ausführungen bei Frage 5).
- c) *Partnerschaft mit Burundi*: Mit dem politischen Tauwetter in Burundi öffnet sich aller Voraussicht nach ein Window of Opportunity, um die Partnerschaft zu beleben und zu vertiefen. Alle Mitglieder des Rats für Entwicklungszusammenarbeit sind dem Bündnis zur Vertiefung der Partnerschaft beigetreten und haben beschlossen, Burundi zum gemeinsamen Jahresschwerpunkt der entwicklungspolitischen Akteure im Jahr 2022 zu machen. Der Landtag hat im Haushalt 2022 für diese Vertiefung strukturell 1 Mio. Euro zur Verfügung gestellt (weitere Ausführungen bei Fragen 10 bis 15).

3. welche Potenziale das Netzwerk „Junges Engagement“ zur Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDGs, UN-Agenda 2030) innerhalb von Baden-Württemberg hat;

Im Jahr 2019 beschloss der Rat für Entwicklungszusammenarbeit, den Jahreschwerpunkt auf das „Junge Engagement“ zu legen. Die Entscheidung beruhte darauf, dass die Zukunft der Entwicklungspolitik im Land und die Umsetzung der Agenda 2030 auf lokaler Ebene in besonderem Maße auch von der Förderung und Einbeziehung der jungen Generation abhängt. Eine solche Beteiligung wurde von jungen Akteuren aktiv auf der entwicklungspolitischen Landeskonferenz eingefordert. Ähnlich dem starken zivilgesellschaftlichen Engagement insgesamt sind auch junge Menschen in Baden-Württemberg sehr engagiert. Aufgrund des demografischen Wandels hat die absolute Zahl der Jugendlichen stark abgenommen; die Konkurrenz um ihre Zeit und ihr Engagement hat hingegen zugenommen. Die Art des Engagements hat sich verändert und den Anforderungen an das Heute angepasst, in dem Flexibilität privat und beruflich eine große Rolle spielt. An die Stelle von langjährigen Vereinsmitgliedschaften tritt zusehends projektbezogenes und punktuell Engagement.

Dem Anliegen, das junge entwicklungspolitische Engagement im Land besser zu fördern und gemeinsam mit ihm wirkungsvoller zur Umsetzung der Agenda 2030 beizutragen, dienen vor allem die folgenden, aufeinander aufbauenden Bausteine:

Eine wertvolle Basis zur Sensibilisierung für die Agenda 2030 und zu eigenem Engagement, insbesondere von Schülerinnen und Schülern, sind die vielen Angebote im Bereich Bildung für Nachhaltige Entwicklung im schulischen und außerschulischen Bereich im Land und daraus entstehende Projekte, darunter die „Fairtrade Schools Kampagne“, der „Ch@t der Welten“ oder Formate wie der „Schülerkongress Global Eyes“.

Das Projekt „Aufstakt Junges Engagement“: Der Landesjugendring Baden-Württemberg erhielt eine Förderung des Staatsministeriums zur Umsetzung zweier Ziele: zum einen für den Aufbau eines jungen Netzwerkes und zum anderen für die Durchführung einer Zukunftswerkstatt zum Austausch und der Entwicklung

von Projektideen. Das Netzwerk trifft sich in Selbstorganisation seither regelmäßig zu Information, Austausch, Networking sowie Kooperation und Koordination. Das repräsentative Netzwerk, koordiniert vom Landesjugendring, ist seit 2019 mit Sitz und Stimme im Rat für Entwicklungszusammenarbeit vertreten; dies bietet für die Jugendorganisationen Raum für Vernetzung und für neue Ansätze zur Kooperation mit etablierten entwicklungspolitischen Verbänden und Akteuren. Die Zukunftswerkstatt wurde als ein virtuelles „Development Innovation Camp“ umgesetzt, um das junge Engagement zu mobilisieren und ihre Perspektive sichtbar zu machen. Eingeladen waren junge interessierte Menschen zwischen 16 und 27 Jahren. Ziel war die gemeinsame Ausarbeitung von möglichen Projektideen und Handlungsansätzen.

In einem weiteren Baustein erhielt im Rahmen des Impulsprogramms „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ der Landesjugendring eine Förderung für das Projekt „Zurück – nach vorn!“ zur Gestaltung von Projekten zur Internationalisierung von Freiwilligendiensten. Ein Großteil der Mittel wurde über eine Förderausschreibung weitergeleitet an acht verschiedene Projekte mit Angeboten für junge Menschen, die sich für ein entwicklungspolitisches Auslandsjahr interessierten bzw. nach ihrer Rückkehr aktiv bleiben wollten. Gemeinsames Ziel war die Entwicklung von neuen Formaten für Bildung und Qualifizierung für Rückkehrende aus internationalen Freiwilligendiensten. Neben praktischen Ansätzen wurde zudem eine wissenschaftliche Erhebung durchgeführt zu den Fragen, was Rückkehrende benötigen, um sich auf Dauer für entwicklungsbezogene Arbeit zu engagieren und was sie hemmt, ihre Motivation aus dem Auslandsdienst weiter zu tragen. Trotz der Ausnahmesituation der Pandemie ist es gelungen, verschiedenste Formate aufzusetzen, in welchen einerseits bereits Ziele der Agenda 2030 in die konkrete Umsetzung im Projekt kamen und andererseits junge Menschen und Jugendorganisationen motiviert und befähigt wurden, sich weiterhin für die Agenda 2030, u. a. in der Bildungsarbeit einzusetzen. Es entstanden u. a. Orte der Begegnung für rückkehrende Freiwillige mit Blick auf künftiges entwicklungspolitisches Engagement, Wissensvermittlung zu Post-Wachstum und Anti-Rassismus, Workshops zu den Themen Konsum und Produktion (Agenda-Ziel 12), Leben unter Wasser (Ziele 6/14) sowie Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen (Ziel 16) oder Dialogformate für junge Menschen und Landtagsabgeordnete unter dem Dach der Agenda 2030. So führte das Landesnetzwerk DEAB e. V. in Kooperation mit Jugendorganisationen wie dem Evangelischen Jugendwerk Württemberg und dem Bund der katholischen Jugend Rottenburg-Stuttgart das Projekt „Jugend trifft Politik“ durch, in dessen Rahmen junge Menschen im Alter von 15 bis 27 Jahren mit Abgeordneten des Landtags Baden-Württemberg „junge“ Zukunftsideen z. B. im Gespräch zum Thema „Landwirtschaft von morgen – Utopien und wie sie sich politisch umsetzen lassen“ oder „Bildungspolitik“ diskutierten. Der Abschlussbericht und die Studie wurden auf der Internetseite des Landesjugendrings veröffentlicht.

Seit Anfang 2022 ist beim Landesjugendring mit Unterstützung des Staatsministeriums eine *Eine-Welt-Promotorin für das junge Engagement* aktiv.

Zu einer erfolgreichen Bewegung gerade für junge Menschen im Bereich nachhaltiger Konsum hat sich die im Jahr 2017 von der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit und vom DEAB e. V. initiierte und von verschiedenen Stakeholdern mitgetragene Kampagne „Future Fashion“ entwickelt. Sie möchte junge Erwachsene ansprechen und für Themen, wie soziale und ökologische Missstände in der Wertschöpfungskette der Textilproduktion, bewusste Kaufentscheidungen für nachhaltige Textilien und Mode z. B. aus Upcycling sowie für nachhaltige Lösungskonzepte sensibilisieren. Erfolgreich nachgefragt sind die Bildungsangebote, Talks, Workshops, Stadtführungen und Möglichkeiten zum Kleidertausch. Wichtiges Element der Kampagne ist der Future Fashion Freundeskreis. Der DEAB e. V. unterstützt Future Fashion seinerseits mit der Qualifizierung von Multiplikatoren für die Bildungsarbeit zu „Future Fashion Experts“ sowie deren Weiterbildung in der „Future Fashion Akademie“. Sie werden für Workshops, Projektstage oder Vorträge an Schulen und außerschulische Bildungseinrichtungen vermittelt, um zu den Themen nachhaltiger Modekonsum und Gerechtigkeit in der Textilproduktion zu sensibilisieren. Ein besonderer Fokus der neu gestarteten Projektphase

liegt auf der Kooperation mit Hochschulen. Hier sollen Studierende im Bereich Textil und Design zu „Future Fashion Experts“ qualifiziert werden.

Ebenfalls im Jahr 2021 gelang es Baden-Württemberg als europaweit einziger Region *zwei aus der DEAR-Förderlinie der EU finanzierte Jugendprojekte* einzuwerben: „MINDCHANGERS“ (weitere Ausführungen dazu bei Frage 4) und „Water-for-the-Future“. Dieses junge Engagement in Baden-Württemberg zu stärken, zu bündeln und zu halten, ist ein Anliegen des Landes, gerade auch die Einbettung des jungen Netzwerks in andere Netze, allen voran im schulischen und universitären Bereich, aber genauso mit den Kommunen, Kirchen oder Bundesorganisationen. Die EU-Ressourcen stehen bis 2024 dem jungen Netzwerk zur Verfügung. Das Netzwerk junges Engagement ist in den nächsten Jahren damit so aufgestellt, dass es zweierlei gewährleisten kann: Das junge Engagement sichtbar zu machen, es zu vernetzen (auch europaweit), es zu professionalisieren und seine Projekte zu finanzieren. Zweitens eine Brücke zwischen dem jungen und dem etablierten Engagement zu schlagen.

Gerade in den Bereichen Flucht, Frieden und Migration bzw. Klima- und Umweltschutz kann es so gelingen, die Erfahrung der Etablierten mit den Innovationen und dem Elan der Jungen zu koppeln. Das sind auch die Themen der Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung: Zukunftsthemen, die ohne eine angemessene Beteiligung und Mitgestaltung junger Menschen nicht zu meistern sind. In Baden-Württemberg bestehen damit gute Voraussetzungen, statt über die Jungen und ihre Zukunft zu reden, mit ihnen gemeinsam die entwicklungspolitische Agenda der Zukunft zu gestalten und umzusetzen.

Diese Potenziale gelten auch für die Partnerschaftsarbeit angesichts der Vielzahl junger Menschen, die sich international interessiert zeigen und oft auch bereit für einen Auslandsaufenthalt sind. Daneben gelten sie auch für die Bildungs- und Inlandsarbeit, insbesondere, wenn es gelingt, dieses Engagement mit den entsprechenden Aktivitäten der Schulen und Hochschulen sowie der Kommunen gut zu vernetzen. Wichtige Partner dafür sind sowohl der Landesjugendring, bei dem sich das junge Netzwerk koordiniert, das entwicklungspolitische Landesnetzwerk DEAB e. V. als Dachverband des entwicklungspolitischen Engagements wie auch die anderen Mitgliedsorganisationen im REZ, u. a. mit der Vertretung der kommunalen Landesverbände.

*4. wie das europäische Projekt Mindchangers, das in Baden-Württemberg die Stiftung Entwicklungszusammenarbeit und das Staatsministerium umsetzen, zur Förderung jungen Engagements beiträgt, wie die Förderlinie finanziert ist und welche konkreten Projekte daraus seit 2021 umgesetzt werden;*

Die Kampagne „MINDCHANGERS: Regions and Youth for Planet and People“ fördert junge Menschen, die sich weltweit für Klimaschutz, Respekt und Zusammenhalt einsetzen. Das von der EU über das Programm „Development Education and Awareness Raising“ (DEAR) geförderte Vorhaben mit einem Gesamtvolumen von 8,3 Mio. Euro bringt junge Engagierte europaweit zusammen (rund 1,77 Mio. Euro umfasst das Budget in Baden-Württemberg). Sechs Regionen sind beteiligt: Piemont/Italien, La Rioja/Spanien, Auvergne-Rhône-Alpes/Frankreich, Wallonie-Bruxelles/Belgien, Dolj/Rumänien und Baden-Württemberg. Baden-Württemberg ist durch das Staatsministerium und die Stiftung Entwicklungszusammenarbeit in diesem Konsortium unter der Federführung des italienischen Piemont vertreten. Das Projekt hat eine Projektlaufzeit von vier Jahren und läuft bis Ende September 2024.

Mehrere Komponenten bilden das Herzstück der Kampagne: Die Kernaktivität ist die *Förderung von jungen Projekten*, die auf das Engagement der Jugend in den Schwerpunktbereichen Klimawandel und Migration abzielen. Ziel ist es, eine Vielzahl von Aktivitäten auszulösen, die Jugendliche auf lokaler und internationaler Ebene einbeziehen. Für Baden-Württemberg stehen während der zwei Förderungen an Projekt-Mitteln insgesamt 814.000 Euro zur Verfügung. In der ersten Förderrunde in 2021 wurden insgesamt rund 402.600 Euro an elf Projekte vergeben. Die zweite Förderrunde wird im Sommer 2022 ausgeschrieben. Schulungen und Beratungen begleiten die Projektträger und jungen Engagierten.

Eine weitere Säule bilden *regionale und internationale Netzwerkveranstaltungen*. Im Land sind zwei der insgesamt zwölf regionalen sowie ein internationales Treffen geplant. Das erste regionale Treffen wird als „MINDCHANGERS Summit“ im Rahmen der Messe FAIR HANDELN am 23. April 2022 in Stuttgart stattfinden.

Die dritte Komponente bildet die *wissenschaftliche Begleitung*. Auf Basis einer Gesamtstudie (Datenerhebung, Identifikation sowie Analyse von Angeboten, gute Beispiele zur Stärkung von jungem Engagement und Interviews mit jungen Engagierten) entsteht aktuell ein Leitfaden zur Frage, wie es gelingen kann, durch abgestimmte Angebote und Projekte junge Menschen zu sensibilisieren, interessieren und anschließend zu einem aktiven Handeln zu motivieren. In Baden-Württemberg wurde die Studie von der Pädagogischen Hochschule Heidelberg erstellt.

Die vierte Komponente bildet die *Medienkampagne* mit gemeinsamer Öffentlichkeitsarbeit über alle beteiligten Regionen hinweg mit Internet-Seite, Social Media und beispielsweise auch einem gemeinsamen Newsletter.

Die Projekte der ersten Förderrunde beschäftigen sich unter anderem mit der Sensibilisierung junger Menschen für Themen mit Bezug zu Klimawandel, Migration, der Umsetzung der Agenda 2030, der Förderung von gesellschaftlicher Diversität und der Vernetzung zwischen bereits aktiven und zukünftigen Engagierten:

- a) Die App „*Interaktive Stadtrallye FairLaufen*“ des Welt-Haus Stuttgart e. V. soll insbesondere auf nicht nachhaltiges Konsumverhalten sowie Postkolonialismus aufmerksam machen. Die thematisch erweiterbare App ermöglicht u. a. ein Kennenlernen von Läden oder Lokalen mit fair gehandelten Produkten bei Stadtrundgängen.
- b) Der Ulmer Initiativkreis nachhaltige Wirtschaftsentwicklung e. V. gestaltet die Ausbildung von „*Klima-Azubis*“ und gewinnt sie für das Thema nachhaltige Entwicklung. Die Fortbildung soll die Azubis als Nachhaltigkeits-Multiplikatoren gewinnen, um konkrete Ansatzpunkte und Ideen für ihr privates oder betriebliches Umfeld zu entwickeln und erste Aktivitäten anzugehen.
- c) Das Projekt „*Community Changemaker 2030*“ des Vereins Starkmacher e. V. hat das Ziel, junge Menschen über Trainings mit Kompetenzen auszustatten, die zur Transformation hin zu Klimaschutz und Vielfalt auf lokaler Ebene beitragen. Beinhaltet ist außerdem ein intensiver Austausch mit der südafrikanischen Partnergruppe sowie grenzüberschreitende Mobilitätserfahrungen.
- d) Die „*ChangeBox*“ von Life-Giving Forest e. V. (LGF) zielt auf einen Einstellungswandel in Bezug auf die eigene Lebensweise. Der mobile Methodenkoffer zu den Themen Konsum, Klimawandel, Inklusion und Migration wird gemeinsam von jungen Engagierten und Partnern des Vereins auf den Philippinen für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit entwickelt und anschließend in Workshops mit jungen Menschen eingesetzt.
- e) Das Projekt „*Jugend trifft Politik – Global!*“ des DEAB e. V. bringt junge Menschen in Dialog mit politischen Vertretern unterschiedlicher politischer Ebenen zu Themen der globalen Verantwortung mit einem besonderen Schwerpunkt auf Klimagerechtigkeit und Migration. Hierfür finden verschiedene Gesprächsformate statt wie z. B. die Living Library oder ein Aktionstag mit Gesprächsrunden zu Klimagerechtigkeit im Rahmen der Misereor Fastenaktion.
- f) Das Forum der Kulturen Stuttgart bietet mit dem Projekt „*Wir sind die Agenda 2030! Junges Engagement für Nachhaltigkeit*“ jungen Menschen, insbesondere mit Migrationsbiografie, einen Raum, ihr Engagement zu den SDGs zu zeigen und sich zu vernetzen. Neben Bewusstseinsbildung werden mit Formaten wie Ted-Talks, Zukunftswerkstätten, Dialoggesprächen und Kampagnenvideos junge Menschen als „MINDCHANGER“ aktiviert. Auf der entstehenden Plattform sollen junge Menschen über das Projektende hinaus weiterarbeiten können.

- g) German-Africa-Insight e. V. erstellt in ihrem Projekt eine *Online-Kampagne zur Aufklärung und Bewusstseinsförderung zum neuen Lieferkettengesetz*. Junge Experten aus der deutsch-afrikanischen Zivilgesellschaft begegnen Unternehmen mit einer Umfrage zur aktuellen Ausgangslage der Lieferketten von Afrika. Parallel werden eine Statement-Bildkampagne und ein kurzer Dokumentarfilm zur Situation der einheimischen Bauern in Afrika erstellt.
- h) Beim Projekt des Eine-Welt-Forums Freiburg geht es um die Frage, wie durch Bildungsarbeit tiefgreifender gesellschaftlicher Wandel bewirkt werden kann. Junge Multiplikatoren des Globalen Lernens setzen sich in Workshops damit intensiv auseinander und erarbeiten eigenständig innovative Bildungsangebote und *Podcasts* zum Thema Bildungsarbeit.
- i) Das Projekt „*Wir schenken Euch unsere Kindheitsgeschichte!*“ von Ars Narrandi e. V. bietet jungen Menschen die Möglichkeit, ihre persönliche Geschichte zu erzählen, um so zu mehr Toleranz und Verständnis beizutragen. Das Projekt gibt jungen Menschen ohne gesicherten Platz in der Gesellschaft das Wort und befähigt diese, durch ihre Migrations- bzw. Fluchterfahrungen die Rolle von Multiplikatoren einzunehmen.
- j) Das Eine-Welt-Forum Heidelberg gibt mit seinem Projekt Jugendlichen die Möglichkeit, als Akteure die Gestaltung von Themen in Workshops, der Fairtrade-Konferenz, Qualifizierungsworkshops und der Aktionswebseite mit Social Media Wall zu übernehmen. Den Abschluss des Projektes bildet ein großes *Nachhaltigkeitsfestival*.
- k) Im Projekt „*Nachhaltig 4 Nature*“ von Afrokids International gestalten junge Teilnehmende unter Einbeziehung von Jugendlichen des Globalen Südens Projektbausteine zu aktuellen Klima-, Umwelt- und Naturschutzthemen und erstellen Bezüge zwischen alltäglichem Handeln und dessen Auswirkungen auf globale Zusammenhänge als auch zu Handlungsimpulsen zum nachhaltigen, ressourcenorientierten Umgang mit der Natur.

5. *wie weit die Umsetzung des Handlungskonzepts für die Kommunale Entwicklungspolitik (KEP), das das Land gemeinsam mit „engagement global“ und den kommunalen Spitzenverbänden entwickelt hat, als Roadmap für die Umsetzung der UN-Agenda 2030 fortgeschritten ist;*

Die Entwicklungspolitik hat eine starke und vielfältige Tradition in den baden-württembergischen Kommunen. Drei Beispiele verdeutlichen aktuell auch mit Blick auf den Krieg in der Ukraine den spürbaren Mehrwert dieses Engagements: Das Forum der Kulturen Stuttgart ist als belastbare Vernetzung der Migrantinnen und Migranten ein zentraler Akteur bei der Hilfe für Geflüchtete; die Partnerschaften zwischen Freiburg und Lviv sowie Mannheim und Czernowitz sind wichtige Anker für die große Solidarität in Baden-Württemberg.

Deshalb ist die kommunale Entwicklungspolitik eine ganz zentrale Säule der baden-württembergischen Entwicklungspolitik: Die Kommunen haben eine starke Stimme im Rat für Entwicklungszusammenarbeit. Und bundesweit einmalig: Die kommunalen Spitzenverbände vernetzen in der Arbeitsgemeinschaft kommunale Entwicklungspolitik das Engagement der Kommunen. Bereits in der Vergangenheit sind daraus erfolgreiche Innovationen entstanden: So sind etwa die „Kommunalen Koordinatoren für Entwicklungspolitik“ bei einer Kooperation zwischen der Landeshauptstadt Stuttgart und dem Städtetag erfunden worden. Dabei handelt es sich um eine innovative Personalkostenförderung für Kommunen, die mittlerweile mehr als 50 Mal in Deutschland zur Anwendung kommt.

Im Juni 2021 haben die Kommunen und ihre Landesverbände, das Land und die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit sowie das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Engagement Global das *Handlungskonzept Kommunale Entwicklungspolitik* aus der Taufe gehoben. Dieser gemeinsame Fahrplan soll das Engagement über die drei staatlichen Ebenen hinweg harmonisieren und stärken. Dazu enthält es etwa gute Beispiele als Vorschläge für neu

interessierte Kommunen und gemeinsame Absichtserklärungen als Grundlage für neue Projekte. Dabei sind drei Ziele zentral:

- Die bundesweit einmalige Koordination der Akteure in Baden-Württemberg weiter zu verbessern;
- weitere Kooperationen anzustoßen: Baden-Württemberg ist mit 170 Bundes-Kooperationen hier bereits Spitzenreiter.
- die Schlagkraft der kommunalen Projekte durch weitere Kofinanzierungen zu erhöhen. Das Konzept ist dynamisch und offen für weitere Projekte, Akteure und Geber. So ist im Februar die Regionale Netzstelle Nachhaltigkeit Süd, die letztlich Fördermittel des Bundeskanzleramtes vergibt, dem Handlungskonzept beigetreten.

Unmittelbar nach Bekräftigung des Konzepts sind erste Maßnahmen gestartet:

- Der Städtetag Baden-Württemberg hat den *Leitfaden Kommunale Entwicklungspolitik* publiziert.
- Von September bis Dezember lief die von der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit koordinierte *Aktion Meine. Deine. Eine Welt*. Trotz Coronapandemie konnte 169 Veranstaltungen stattfinden. Vom Bund kam eine umfangreiche Förderung, die im Wesentlichen als Preisgelder an die teilnehmenden Kommunen fließen konnte.
- Im Dezember startete das Projekt *Global Nachhaltige Kommune Baden-Württemberg* – in Kooperation mit dem Umweltministerium und der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) als ein Programm von Engagement Global. Nach der Ausschreibung des Projektes 2021 wurden 10 Landkreise und Kommunen (Landkreis Karlsruhe, Landkreis Böblingen und die Kommunen Ludwigsburg, Laupheim, Ilsfeld, Lahr, Göppingen, Bad Säckingen, Bad Saulgau, Ravensburg) ausgewählt, um bis Ende April 2022 einen Nachhaltigkeitsprozess umzusetzen. Die Kommunen werden durch Beratungsleistungen, Workshops und Vernetzungstreffen dabei unterstützt, auf der Basis eines Nachhaltigkeitsberichts und der Einrichtung von internen Strukturen, eine Nachhaltigkeitsstrategie zu entwickeln. Als verpflichtend zu bearbeiten sind dabei die Handlungsfelder „Globale Verantwortung“ und „Nachhaltigkeit in der Verwaltung“ gesetzt. Aktuell sind die Kommunen damit beschäftigt, Ziele und Maßnahmen zu erarbeiten und intern abzustimmen.
- Im Januar fand in Kooperation mit dem *Bundes- und Landesverband der kommunalen Unternehmen* eine Online-Tagung statt, die gute Beispiele von entwicklungspolitischen Engagement dieser Unternehmen aufgezeigt, interessierte Unternehmen vernetzt und in Kontakt zu den Förderprogrammen des Bundes gebracht hat.
- Im April steht nun erstmals ein umfassender *kommunaler Auftritt auf der Messe FAIR HANDELN* bevor, begleitet durch den entwicklungspolitischen „Kommunalen Tag“ auf der Messe.
- Im Herbst findet die *Jahrestagung des kommunalen Netzwerks* erstmals in Kooperation mit den bayerischen Kommunalverbänden statt. Von dort gibt es großes Interesse an den Aktivitäten in Baden-Württemberg.

Im Ergebnis ist das ehrgeizige gemeinsame Handlungskonzept – trotz erschwelter Startbedingungen infolge der Coronapandemie – gut in die Umsetzung gestartet.

6. welche vorläufigen Ergebnisse das *Interkulturelle Promotorinnen-/Promotorenprogramm (IKPP) zur Förderung von migrantischem Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit* gebracht hat;

Eine zentrale Aussage der Entwicklungspolitischen Leitlinien für Baden-Württemberg ist, dass Migrantinnen und Migranten eine grundlegende Stütze des entwicklungspolitischen Engagements in Baden-Württemberg darstellen. Dies gilt sowohl für die Bildungsarbeit im Inland als auch für die Partnerschaftsarbeit im

Ausland. Dementsprechend verfügen sie über Sitz und Stimme im Rat für Entwicklungszusammenarbeit.

Ähnlich wie beim jungen Engagement ist der migrantische Appell nach besserer Einbindung, Vernetzung und Stärkung bei den anderen Akteuren ebenfalls auf großes Interesse gestoßen. Denn von den Erfahrungen und der Expertise der Migrantinnen und Migranten profitieren alle Akteure. Im Jahr 2018 war das migrantische Engagement deshalb der gemeinsame Jahresschwerpunkt aller Akteure.

Daraufhin haben viele Akteure die Förderung und Kooperation mit Migrantinnen und Migranten verstärkt. Der Bund finanzierte in Baden-Württemberg die Pilot-Projekte: „*MiGlobe*“ (Ausbildung von migrantischen Kommunalberatern), „*Diversity in Unity*“ (Interkulturelle Öffnung von entwicklungspolitischen Akteuren) und „*Menschen auf der Flucht*“ (Vernetzung von entwicklungspolitischen Akteuren mit Initiativen der Geflüchtetenarbeit). Aus diesen Projekten entstand mit Unterstützung des Staatsministeriums dann ein repräsentatives migrantisches *Netzwerk* für Entwicklungspolitik.

Eine zentrale Forderung aus diesem Netzwerk betraf die Einrichtung des „*Interkulturellen Promotoren-Programms (IKPP)*“ mit dem Ziel, sowohl das migrantische Engagement optimal für alle Akteure in Wert zu setzen, als auch das strukturelle Defizit auszugleichen, welches das ehrenamtlich geprägte Engagement im Vergleich zu anderen Akteursgruppen bis heute hat (z. B. Kirchen und Kommunen).

Seit dem Jahr 2020 fördert das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration das IKPP. Die Förderung wurde mittlerweile bereits verlängert: Ende 2020 wurden durch den IKPP-Fachbeirat, in dem auch das Sozialministerium vertreten ist, insgesamt fünf Interkulturelle Promotorinnen und Promotoren ausgewählt, die bei migrantischen Organisationen auf die vier Regierungsbezirke sowie zusätzlich im Großraum Stuttgart verteilt sind. Sie haben im Laufe des Jahres 2021 andere Migrantenorganisationen informiert, beraten und vernetzt, Fortbildungen angeboten, öffentliche Veranstaltungen organisiert, Plattformen aufgebaut oder dabei unterstützt.

Durch die Arbeit der Promotorinnen und Promotoren konnten 730 migrantisch-diasporische Organisationen in Baden-Württemberg identifiziert werden und 310 Beratungen zu Themen wie Fördermöglichkeiten, Digitalisierung, Vereinsgründung und Vernetzung durchgeführt werden. Dabei gelang es den Promotorinnen und Promotoren, die Wichtigkeit der Themen des IKPP aufzuzeigen sowie die Schnittstelle von Integrations- und Entwicklungspolitik zu verdeutlichen. Außerdem organisierten sie insgesamt 85 Veranstaltungen zu Themen wie Migration und Entwicklung, Flucht und Entwicklungspolitik, Menschenrechte sowie Rassismus und Machtkritik. Darüber hinaus wurden 520 Personen in Politik und Verwaltung identifiziert und kontaktiert sowie 150 in der Geflüchtetenunterstützung tätige Organisationen identifiziert und mit 45 davon Kontakt aufgenommen. Coronabedingt konnten die Gespräche und Veranstaltungen vor allem im ersten Halbjahr meist nur digital durchgeführt werden. Die Promotorinnen und Promotoren fanden aber Wege, um aktiv, kreativ, innovativ und ressourcensparend ihre Ziele und Indikatoren zu erreichen. Die Onlineformate ermöglichten zumindest teilweise, Gruppen und Personen kreisübergreifend oder sogar kontinentübergreifend zu beraten, zu vernetzen und zusammenzubringen. Nach der Lockerung der coronabedingten Einschränkungen war es im zweiten Halbjahr wieder häufiger möglich, Beratungen und Veranstaltungen in Präsenz zu planen und durchzuführen.

Das IKPP wurde wissenschaftlich begleitet und evaluiert. Nach den ersten Schlussfolgerungen dieser Evaluation war das Projekt relevant im Hinblick auf den Bedarf in der Region und den allgemeinen gesellschaftlichen und politischen Kontext in Deutschland. Die Relevanz, migrantische Akteure und Geflüchtete stärker als bisher mit der Eine-Welt-Arbeit zu verknüpfen und somit die Potenziale der Zusammenarbeit freizusetzen, war gegeben. Die Strategien des IKPP waren hierfür geeignet. Das Projekt trug dazu bei, das integrationspolitische Potenzial der Eine-Welt-Arbeit und der entwicklungspolitischen migrantisch-diasporischen Organisationen als Beitrag für den sozialen Zusammenhalt in der

Migrationsgesellschaft zu nutzen. Die Interkulturellen Promotorinnen und Promotoren sind jetzt besser als zuvor mit zivilgesellschaftlichen Akteuren vernetzt und haben auch zu zahlreichen Personen aus der Politik und Entscheidungsträgern Kontakte geknüpft. Ein erster Schritt auf dem Weg der Zielerreichung war es, neue Zielgruppen zu erreichen, wie migrantische Akteure und Geflüchtete. Dies ist gelungen.

Vorläufig lässt sich damit konstatieren, dass das migrantische Engagement substantiell durch die fünf interkulturellen Promotorinnen und Promotoren gestärkt wurde, insbesondere durch die Sichtbarmachung und Vernetzung der migrantischen Akteure – untereinander aber auch mit anderen Akteuren der Entwicklungspolitik bzw. der Geflüchtetenarbeit. Ganz besonders profitieren die Kommunen von entsprechenden Kooperationen. Diese Vernetzungen steigern die Wirkung und – über Drittmittel – auch die Finanzkraft der migrantischen Akteure.

*7. welche Wirkung die vom Land über die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit bereitgestellten Fördermöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Projekte im Inland, Ausland und Burundi durch „bwirkt!“ auf das bürgerschaftliche Engagement in Baden-Württemberg gezeigt hat;*

Wie bereits erwähnt, ist das bwirkt!-Programm eine der zentralen Säulen der Entwicklungspolitik. Es zielt auf die Förderung der kleinen und mittleren Akteure über die Bereitstellung von Projektmitteln. Sie geht auf eine entsprechende Forderung aus dem Rat für Entwicklungszusammenarbeit zurück, dessen Mitglieder ja sowohl Geber- (Bund, Kirchen, politische Stiftungen etc.) als auch Nehmerorganisationen (z. B. Zivilgesellschaft) umfassen, und ist mit anderen Gebern insoweit abgestimmt, als das Programm eine Förderlücke für innovativere und kleinere Projekte schließt, beispielweise von noch nicht umfassend erfahrenen Erstantragstellern. Es geht auch darum, diesen den Einstieg in die gesamte Förderlandschaft aller Geber zu erleichtern.

Die Organisationen werden durch die Förderung dabei unterstützt, die Entwicklungspolitischen Leitlinien für Baden-Württemberg aufzugreifen, anzuschließen und umzusetzen. Die Förderlinie bwirkt! zielt darauf ab, entwicklungspolitische Organisationen aus Baden-Württemberg in ihrem Engagement bei der Bildungsarbeit im Inland und der Partnerschaftsarbeit im Ausland zu unterstützen. Bei der Bildungsarbeit steht im Fokus, die Agenda 2030 mit ihren 17 SDGs auch in Baden-Württemberg bekannt zu machen, zu bewerben und letztendlich auch praktisch umzusetzen. Die Förderung wirkt ferner als Starthilfe und Festigungskitt für dauerhaft angelegte Partnerschaften zwischen Menschen in Baden-Württemberg und Menschen in sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländern. Die Förderlinie bwirkt!-Burundi zielt auf die Stärkung und Festigung der Landespartnerschaft mit Burundi.

Seit Schaffung des bwirkt!-Programms im Jahr 2018 ist eine stetig hohe Nachfrage nach den Fördermitteln zu verzeichnen. Alle drei Förderlinien sind permanent und vielfach überzeichnet (weitere Ausführungen bei Frage 8).

*8. welche Projekte konkret über „Bwirkt!“ im Inland und in Ländern des globalen Südens seit 2018 gefördert wurden, und welchen Beitrag sie zur Umsetzung der SDGs leisten;*

Eine weitere wichtige Aufgabe des bwirkt!-Programms ist, gute und innovative Beispiele bekannt zu machen. Das kann beispielgebend für andere Engagierte sein, selbst Kooperationen anzustoßen oder Geber zur Unterstützung zu motivieren. Deshalb sind alle geförderten Projekte transparent im Internet für alle Interessierten abrufbar. Die entsprechende Übersicht über die durch bwirkt! geförderten Projekte seit 2018 sowie deren Beiträge zur Umsetzung der SDGs finden sich im Projektverzeichnis auf der Website der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg unter:

<http://www.Stiftung-Entwicklungs-Zusammenarbeit.de/projekte>.

9. wie viele Anträge für die einzelnen Förderlinien in den Jahren 2018 bis 2021 gestellt und wie viele davon abgelehnt wurden;

Förderlinie	Anträge	Gefördert	Quote
<b>bwirkt!Inland 2018</b>	40	18	45 %
<b>bwirkt!Ausland 2018</b>	112	27	24 %
<b>bwirkt!Burundi 2018</b>	18	10	56 %
<b>bwirkt!Inland 2019</b>	28	18	64 %
<b>bwirkt!Ausland 2019</b>	64	26	41 %
<b>bwirkt!Burundi 2019</b>	35	12	34 %
<b>bwirkt!Inland 2020</b>	30	17	57 %
<b>bwirkt!Ausland 2020</b>	91	28	31 %
<b>bwirkt!Burundi 2020</b>	117	15	13 %
<b>bwirkt!Corona 2020</b>	105	33	31 %
<b>bwirkt!Inland 2021</b>	35	15	43 %
<b>bwirkt!Ausland 2021</b>	87	27	31 %
<b>bwirkt!Burundi 2021</b>	91	9	10 %
<b>Summe</b>	<b>853</b>	<b>255</b>	<b>30 %</b>

10. welche Perspektiven sie für eine Neubelebung der Zusammenarbeit mit dem Partnerland Burundi nach den Präsidentschaftswahlen vom 20. Mai 2020 auf Regierungsebene sieht;

Die Partnerschaft zwischen Baden-Württemberg und Burundi besteht seit den 1980er-Jahren. Sie wurde 2014 durch eine Partnerschaftsvereinbarung bekräftigt. Sie ist vor allem geprägt durch das Engagement der Menschen und Organisationen, die sich hier und in Burundi dafür einsetzen. Die Perspektiven für die Neubelebung hängen deswegen ganz wesentlich von den Akteuren ab, die sich gemeinsam hier und in Burundi für die Partnerschaft einsetzen, und natürlich von den Partnern auf Seiten der burundischen Regierung.

Nach der Unterzeichnung der Partnerschaftsvereinbarung im Jahr 2014 wurden die Beziehungen durch die schwere politische Krise in Burundi ausgebremst. In Abstimmung mit der Bundesregierung und den anderen Akteuren blieben sie auf die staatsferne Zusammenarbeit beschränkt. Nun ist aktuell in Burundi eine politische Öffnung zu beobachten. Seit den Wahlen in 2020 gibt es unter dem neuen Präsidenten Evariste Ndayishimiye Fortschritte zu verzeichnen. So hat u. a. die burundische Regierung den Willen gezeigt, die politischen Beziehungen auf internationaler Ebene zu verbessern. Diese Sichtweise bekräftigen auch das Auswärtige Amt und die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit, die im August 2021 vor Ort war und Gespräche sowohl mit den europäischen Botschaftern als auch in burundischen Ministerien geführt hat. Am 15. Februar 2022 sind ferner die EU-Restriktionen auf der Grundlage des Cotonou-Abkommen aufgehoben worden, die seit 2015 die Zusammenarbeit auf Regierungsebene suspendiert hatten.

Die Landesregierung hat diese positiven Entwicklungen früh in den Blick genommen mit dem Ziel, im Rahmen dieses Tauwetters die Beziehungen zu beleben und zu vertiefen: Bereits im aktuellen Koalitionsvertrag wird ausdrücklich und konkret die Vertiefung der Partnerschaft anvisiert. Sie soll sich entlang der positiven Entwicklung in Burundi stufenweise entfalten.

a) Erstens soll die gute Basis der Partnerschaft weiter gestärkt werden. Seit mehr als 30 Jahren ist die persönliche und zivilgesellschaftliche Partnerarbeit das verlässliche Rückgrat der Partnerschaft, das bislang alle Belastungen und Krisen überstanden hat. Diese Basis wird seit 2018 durch die Förderlinie Burundi im Landesprogramm bwirkt! besonders gestärkt. Dementsprechend wurden im November 2021 Fördermittel an zahlreiche Projekte in Burundi ausgeschüttet. Das ist für alle Akteure ein wichtiges Zeichen der Kontinuität und des ernsthaft-

ten Willens, die Partnerschaft zu vertiefen. Im Laufe des Jahres wird es weitere solcher Förderrunden geben, um die gesunde Grundlage der Partnerschaft in der Breite zu fördern und auszubauen.

- b) Sollten sich die politischen Rahmenbedingungen in Burundi weiter stabilisieren, soll in einem zweiten Schritt der Partnerschaft mehr Tiefe verliehen werden: Projekte, die sich in der Vergangenheit erfolgreich entwickelt haben, sollen zu *Clustern* ausgebaut werden. Die Cluster wären dann größere und längerfristige Vorhaben, die belastbare Brücken für die Partnerschaftsarbeit bilden. Sie sollten anders als die bisherigen *bwirt!*-Projekte nicht mehr nur von einer zivilgesellschaftlichen Organisation getragen sein, sondern von einem Bündnis von mehreren Trägern, die sich gegenseitig unterstützen können. Insbesondere Akteure, die sich neu in der Partnerschaft engagieren wollen, könnten daran andocken. Anders als die zeitlich immer befristeten Projekte sollten die Cluster auch langfristiger angelegt sein. Dies ist auch deshalb möglich, da im Landeshaushalt 2022 erstmals strukturelle Mittel für die Partnerschaft vorhanden sind.
- c) Sollten sich die ersten Cluster bewähren und die positive politische Entwicklung in Burundi anhalten, wäre mittelfristig als dritte Stufe denkbar, auch das *Partnerschaftsabkommen* von 2014 wieder zu aktivieren. Dort sind dann noch engere Formen der Zusammenarbeit vorgesehen, die sich an den Formaten des *Twinning*s oder der gemischten Regierungskommissionen auf EU-Ebene orientieren.

Diesen Fahrplan hat die Landesregierung auch schon konkret angeschoben:

- a) Im September 2021 hat Herr Staatssekretär Rudi Hoogvliet alle Akteure auf der *Entwicklungspolitischen Landeskonferenz* eingeladen, die Vertiefung als Gemeinschaftsvorhaben zu begreifen und umzusetzen, was bereits auf der Veranstaltung selbst sehr positiv aufgenommen wurde.
- b) Im Oktober 2021 nahm der *Rat für Entwicklungszusammenarbeit* diese Einladung an und verständigte sich darauf, dass die Partnerschaft mit Burundi der gemeinsame Jahresschwerpunkt aller Akteure für 2022 bilden soll.
- c) Im November 2021 befasste sich die Jahresklausur des Rats für Entwicklungszusammenarbeit mit Burundi und führte zu dem einstimmigen Grundsatzbeschluss aller Mitglieder, die Vertiefung und Belebung der Partnerschaft als Gemeinschaftsaufgabe umzusetzen – in einem *Burundi-Bündnis*.
- d) Im Dezember 2021 beauftragte das Staatsministerium die Stiftung Entwicklung-Zusammenarbeit mit dem *Burundi-Aktions-Programm*. In diesem Programm sollen in den nächsten Monaten das Burundi-Bündnis gestaltet, die zivilgesellschaftliche Basis gestärkt und die ersten Cluster vorbereitet werden. Die Burundi-Akteurs-Konferenz im Oktober 2022 soll einen wichtigen, gut sichtbaren Meilenstein für dieses Gemeinschaftsvorhaben bilden und den Start der ersten Cluster einleiten. Die zentralen Ziele des Burundi-Bündnisses sind: eine optimale Koordination aller Aktivitäten sowie möglichst viele Kooperationen und Kofinanzierungen anzustoßen, um die Wirkung und die Finanzkraft der Partnerschaftsarbeit zu multiplizieren.

*11. welche Schwerpunkte der Zusammenarbeit seit dem Regierungswechsel verfolgt werden;*

Die thematischen Schwerpunkte der Zusammenarbeit legt die Landesregierung nicht im Alleingang fest. Die Vertiefung der Partnerschaft ist ein Gemeinschaftsvorhaben, das von den Partnern hier und in Burundi mitgestaltet wird. Das gilt für die Stärkung der Basis der Partnerschaft. Sie wird von der Zivilgesellschaft und ihren Projekten getragen. Das gilt ebenso für die Vertiefung: Die Cluster sollen gemeinsam umgesetzte und gemeinsam finanzierte Vorhaben sein, die im Burundi-Bündnis ausgestaltet werden.

Mit Blick auf die Stärkung der Basis besteht ein breiter Konsens, der von der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit umgesetzt wird: Die Schwerpunkte der Basisförderung sind bewährt und sollen beibehalten werden. Hinsichtlich des Gesundheitsbereichs zunächst der Kampf gegen den Hunger, der einen Großteil der Bevölkerung bedroht, sowie die Ernährungssicherung; in wirtschaftlicher Hinsicht die Förderung von Einkommensgenerierung, was in Zeiten der coronabedingten Weltwirtschaftskrise weiter an Bedeutung gewonnen hat; und in sozialer Hinsicht die Sicherung des in Burundi immer noch brüchigen gesellschaftlichen Friedens.

Mit Blick auf die Vertiefung der Partnerschaft durch Cluster zeichnen sich erste Festlegungen ab, die in den nächsten Monaten bis zum Burundi-Akteurstreffen im Oktober innerhalb des Burundi-Bündnisses noch konkretisiert werden müssen: sowohl durch Absprachen der Partner in Baden-Württemberg als auch der Partner in Burundi. Die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit ist im Rahmen des Burundi-Aktions-Programms beauftragt, dies zu moderieren und zu koordinieren – sowohl über das Burundi-Kompetenz-Zentrum in Stuttgart als auch über ihre Mitarbeitenden in Bujumbura (weitere Ausführungen bei Fragen 12 und 13).

*12. welche Wirkung das von der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit koordinierte Agroforst-Cluster, mit dem Kaffeeplantagen von bisheriger Monokultur zu einem ökologisch nachhaltigen Anbau-System (das neben Kaffee auch Holz und Nahrungsmittel liefert) umgebaut werden und das 10.000 genossenschaftlich organisierten Kleinbauernfamilien ein Einkommen verschafft, bislang in Burundi gezeigt hat;*

Das Agroforstvorhaben ist Prototyp und Vorbild für die Vertiefung der Partnerschaft dadurch, dass sich ein erfolgreiches kleineres Projekt zu einem größeren, langfristigeren Cluster entwickelt. Die Erfolgsfaktoren sollen auch auf die weiteren Cluster übertragen werden:

- a) Heute ist das Agroforst-Cluster von einem *Akteursbündnis* getragen. Die Projektidee geht zurück auf einen erfolgreichen Mittelständler aus Ravensburg: die Fairhandelsgenossenschaft weltpartner. Von dort kam die Idee, die Landespartnerschaft in einem Produkt sichtbar zu machen, das zugleich als Werbeträger dienen kann – der Burundi-Kaffee. Auf burundischer Seite fanden sich zahlreiche Kaffee-genossenschaften als Geschäftspartner. In Abstimmung mit Naturland gelang es, auf biologischen Anbau umzustellen. Die Hochschule Rotenburg und die Universität Bujumbura kamen hinzu, um das Projekt wissenschaftlich zu begleiten und zu klimafreundlichen Anbaumethoden zu forschen. Schließlich haben sich das Ministerium Ländlicher Raum und das Staatsministerium darauf verständigt, das Vorhaben über die koordinierende Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit zu finanzieren. Alle Projektpartner profitieren heute von dieser Bündnissituation: Unterstützung ist möglich, Synergien entstehen.
- b) Heute besteht das Projekt aus mehreren *Komponenten*: der landwirtschaftlichen mit Blick auf die Erzeugung, angereichert durch die Klima-Forschung und die Bio-Zertifizierung; der wirtschaftlichen mit Blick auf die Vermarktung, angereichert durch die Öffentlichkeitsarbeit; und schließlich der sozialen durch die Förderung der Genossenschaftsstrukturen vor Ort und die verlässliche Einkommensgenerierung. Diese Komponenten reichern sich gegenseitig an und verstärken Sichtbarkeit und Wahrnehmung.
- c) Heute ist das Agroforst-Cluster *langfristig* angelegt. Anfangs war lediglich eine Finanzierung von Jahr zu Jahr möglich. Diese haushaltsrechtlichen Voraussetzungen erschwerten jedoch eine längerfristige Planung. Im Haushalt 2022 stehen nun erstmals strukturelle Mittel für Cluster zur Verfügung, was ganz neue Potenziale für die mittel- und langfristigen Cluster bietet.

Das Agroforst-Cluster ist ein gutes Beispiel, wie ein kooperativer und langfristiger Ansatz die Wirkung der Partnerschaftsarbeit effizient erhöhen kann. Das Agroforst-Cluster ist deshalb für eine Verstetigung prädestiniert. Es wird angestrebt, weitere Akteure, Komponenten und Finanziere in das Projekt zu integrieren: eventuell aus der kommunalen Familie oder dem schulischen Bereich.

*13. welche weiteren Cluster im Rahmen der Partnerschaft geplant sind, sofern die politische Entwicklung Burundis eine offizielle Zusammenarbeit jenseits der Graswurzelpartnerschaft möglich macht;*

Wie bereits ausgeführt, werden im Rahmen des Burundi-Aktions-Programms der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit bereits weitere Vorschläge für Cluster konkretisiert. Dieser Prozess wird von der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit sorgfältig begleitet, um eine dauerhaft verlässliche Grundlage für die langfristigen Cluster sicherzustellen. Je nachdem, welche Beiträge die Akteure und Geber – sowohl in Baden-Württemberg als auch in Burundi – einbringen, wird sich konkretisieren, welche Bereiche vorrangig mit Clustern weitergeführt werden. Eine intensive Prüfung läuft in diesen Handlungsfeldern:

- a) *Agroforst und Klima*: siehe Ausführungen bei Frage 12.
- b) *Gesundheit*: In diesem Bereich liegt seit Jahren ein Schwerpunkt der bwirkt!-Förderung über die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit. Dementsprechend gibt es an vielen Orten in Burundi erfolgreiche Projekte im Gesundheitsbereich. Diese könnten zu einem Cluster weiterentwickelt werden.
- c) *Wirtschaft*: Auch hier bilden die bwirkt!-Projekte zur Einkommensgenerierung eine gute Grundlage für ein potenzielles Cluster. Hinzu kommt, dass die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit über ein gutes Format zur Förderung von Gründerinnen und Gründern verfügt, das sie 2021 nach einer afrikaweiten Ausschreibung erfolgreich mit einer hybriden Konferenz in Nigeria durchgeführt hat. Aus beiden Ansätzen könnte ein Cluster für kleinere und mittlere Unternehmen und Start-Ups aus Burundi werden.
- d) *Wissenschaft*: Seit mehreren Jahren fördert das Land über die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Kooperationen mit der Université du Burundi in Bujumbura. Mittlerweile gibt es dort Deutschkurse mit mehreren hundert sehr motivierten Teilnehmenden. Auf dieser Grundlage könnte sich eine längerfristig und größer angelegte Kooperation entwickeln, an der sich auch interessierte Hochschulen aus Baden-Württemberg, wie etwa die Hochschule Kehl oder andere, beteiligen könnten.
- e) *Rechtsstaat*: In der Partnerschaft gab es bereits eine bewährte Zusammenarbeit von Juristinnen und Juristen, Journalistinnen und Journalisten. Aus der kommunalen Familie und den Behörden des Landes gibt es Interesse an einem Austausch der Verwaltungen. Die Kirchen haben enge Beziehungen im Bereich der Friedensarbeit. Deshalb laufen intensive Vorbereitungen für ein Rechtsstaatscluster.
- f) *Bildung*: Von Beginn an war die Partnerschaft durch eine Kooperation von Bildungseinrichtungen geprägt, etwa im beruflichen Bereich. Außerdem ist die Burundi-Partnerschaft auch Teil der Bildungsarbeit in Baden-Württemberg, etwa an den Fairtrade Schulen. Auch mit Blick auf die besondere Verantwortung der Länder für die Bildung könnte sich daraus gut ein Cluster entwickeln.

Je nach konkreter Ausgestaltung, zeitlicher Staffelung und potenziellen Kofinanzierungen wird es voraussichtlich mit den im Haushalt strukturell zur Verfügung stehenden Mitteln möglich sein, mit mindestens zwei und bis zu sechs Clustern zu starten. In den nächsten Monaten werden dazu, moderiert durch die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit, intensive Abstimmungen laufen, die wesentlich auch von den Beiträgen und Planungen der potenziellen Partner – in Baden-Württemberg, aber ebenso wichtig in Burundi – abhängen. Auf der Burundi-Akteurs-Konferenz werden erste Ergebnisse präsentiert: einerseits um rasch in die Vertiefung

zu starten, andererseits um sorgfältig belastbare Grundlagen für die längerfristigen Cluster legen und verabreden zu können.

*14. welche Initiativen zur Steigerung des Bekanntheitsgrads der Partnerschaft zwischen Baden-Württemberg und Burundi die Landesregierung auf Grundlage der bisherigen Aktivitäten anstrebt;*

Die Landesregierung orientiert sich hier an den entwicklungspolitischen Partnerschaften anderer deutscher Länder sowie Städtepartnerschaften. Für die Öffentlichkeitsarbeit wird kein eigenständiges Budget vorgehalten. Es herrscht insofern der Vorrang der Projektarbeit vor der Öffentlichkeitsarbeit. Öffentlichkeitsarbeit und damit die Steigerung des Bekanntheitsgrades soll über und im Rahmen der Projekte erfolgen. Ein Beispiel ist hierfür das Agroforstcluster (siehe Ausführungen bei Frage 12). Das Produkt, der Partnerschaftskaffee, ist dabei auch Werbeträger für die Partnerschaft, der in den Läden des Landesbetriebs Schlösser und Gärten, bei fast allen 300 Weltläden in Baden-Württemberg, in der baden-württembergischen Landesvertretung in Berlin oder etwa auf der Messe FAIR HANDELN erhältlich ist. An den Verkaufsstellen stehen dann weitere Informationsmaterialien zur Partnerschaft zu Verfügung.

Ein weiteres Standbein ist die Öffentlichkeitsarbeit über die Burundi-Bündnis-Partner. Dementsprechend wird die Partnerschaft auf Veranstaltungen von Kirchen und Kommunen, Schulen und Hochschulen vorgestellt.

*15. welche Möglichkeiten es gibt, Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit über die Klimaschutzstiftung bzw. aus der CO<sub>2</sub>-Kompensation der Ministerien zu finanzieren.*

Nach § 2 Abs. 2 der Satzung der Klimaschutzstiftung Baden-Württemberg ist deren Förderung der Entwicklungszusammenarbeit begrenzt auf die Verwendung der Mittel, die der Stiftung zum Zwecke der Kompensation von CO<sub>2</sub>-Emissionen nach dem CDM Gold Standard oder einem vergleichbaren Standard überlassen werden. Insofern kommen nur solche Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit in Betracht, die gleichzeitig der Kompensation von Treibhausgasen nach den allgemein anerkannten Regeln dienen. Bei der vergangenen UN Klimakonferenz 2021 in Glasgow (COP 26) konnten die Regeln zur Kompensation von Treibhausgasemissionen nach Art. 6 des Übereinkommens von Paris präzisiert werden. Danach ist im Rahmen einer anerkannten Kompensation unter anderem auf die Zusätzlichkeit von Emissionsminderungen zu achten und eine etwaige Doppelanrechnung zwingend zu vermeiden.

Die wesentliche Aufgabe der Klimaschutzstiftung ist im Übrigen, den Klimaschutz im Land voranzubringen und einen Beitrag dazu zu leisten, dass bis 2040 die Klimaneutralität in Baden-Württemberg erreicht ist (§ 4 Satz 1 Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg).

Seit 2020 fließen die Mittel der Klimaabgabe für Flugreisen von Landesbediensteten an die Klimaschutzstiftung. Für die zufließenden Mittel 2020 und 2021 und perspektivisch danach wurde im Stiftungsrat der Klimaschutzstiftung der Grundsatzbeschluss gefasst, diese Mittel weiterhin der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg für die Weiterleitung an und zur Förderung von klimawirksamen Projekten der Entwicklungszusammenarbeit mit Bezug zu Baden-Württemberg zukommen zu lassen.

Hassler

Staatssekretär